

VKU

## Politik muss handeln

**[23.10.2013] Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) fordert die Abgeordneten des Bundestags dazu auf, die Energiewende in der neuen Legislaturperiode voranzutreiben.**

Anlässlich der Konstituierung des 18. Deutschen Bundestages am gestrigen Dienstag (22. Oktober 2013) appellierte der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) an die Abgeordneten, die Energiewende als zentrales Reformprojekt Deutschlands in der neuen Legislaturperiode voranzutreiben. VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck sagte: „Um das hohe Maß an Versorgungssicherheit weiterhin zu gewährleisten und um zu mehr Kosteneffizienz im Transformationsprozess zu kommen, ist baldiges Handeln nötig. Die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen machen den Aus- und Umbau hin zu einem effizienteren, bezahlbaren und umweltfreundlicheren Energiesystem unmöglich.“ Die Energiewende müsse in dieser Legislaturperiode oberste Priorität haben. Deshalb seien die Abgeordneten aufgefordert, in den Ausschüssen konkrete und intensiv geprüfte Handlungsoptionen mit Blick auf einen Energiemarkt der Zukunft anzugehen.

Aus VKU-Sicht muss der Energiemarkt in einem integrierten Ansatz weiterentwickelt werden. Der Verband hat dazu im März 2013 ein integriertes Energiemarktdesign vorgelegt, das die Versorgungssicherheit auf wettbewerblichem Wege über Leistungszertifikate gewährleisten und die Förderung erneuerbarer Energien durch ein mengenbasiertes Ausschreibungsmodell steuern soll sowie einen innovations- und investitionsfördernden Regulierungsrahmen für die Verteilnetze vorsieht.

(al)

Informationen zum VKU-Energiemarktdesign

Stichwörter: Politik, Verband kommunaler Unternehmen (VKU)